Protestformen im postsozialistischen Rumänien

Silviu S. Craciunas, Ovidiu Pop

Wir widmen uns in diesem Artikel der Entwicklung der Protestkultur und der Dynamik zwischen der liberalen Mehrheit und alternativer linker Protestbewegungen in Rumänien, die im postsozialistischen Kontext entstanden sind. Dafür analysieren wir aus einer, in Osteuropa verorteten, historischen und politischen Perspektive die politischen Bezugslinien, sozioökonomischen Voraussetzungen und Entwicklung der neu entstandenen Zivilbewegungen sowie deren Rolle im politischen Meinungsbildungsprozess. Dabei sind vor allem die Machtverhältnisse im politischen Diskurs und öffentlichen Raum zwischen der "Mainstream"-Bewegung der Straßenproteste und alternativer sozialer Bewegungen der Linken und deren Mobilisierungsstrategien und Protestformen von zentraler Bedeutung. Wir wollen dabei auch auf die Notwendigkeit und das Potential dekolonialer Praxis und Theorie und deren Erfolgschancen, eine kritische Masse zu erreichen, eingehen.

1 Entwicklung der wirtschaftspolitischen Lage

1.1 Die Nachkriegszeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg geriet Rumänien wie fast alle osteuropäischen Länder in die sowjetische Einflusssphäre. Auf politischer Ebene hat die sowjetische Version des Kommunismus in Osteuropa auch die Klasse als aktive politische Entität zerstört und eine Version des Staatskapitalismus basierend auf Nationalismus auferlegt. Trotzdem gab es mehrere kritische Bewegungen, die gegen diese Entpolitisierung (z.B. 1953 in der DDR, 1956 in Polen und Ungarn[1]) protestierten. Dieser Hintergrund führte auch in Rumänien, zusätzlich zu den seit den Anfang der Kollektivierung anhaltenden Aufstände der Bauern, zu mehreren kritischen Bewegungen, die, geprägt von dem damaligen Kontext, spezifische Formen annahmen, z. B. der Kronstädter Schriftstellerprozess.[2] Die wichtigste kritische Bewegung, die sich auch in Straßenprotesten ausdrückte, war die Studentenrevolte in der multiethnischen und von humanistischen Werten geprägten Stadt Timisoara (wo Jahrzehnte später auch die Revolution von 1989 beginnen würde), bei der sich 3000 Studierende beteiligten und den Abzug sowjetischer Truppen sowie mehr Meinungs- und Pressefreiheit forderten.[3]

Mitte der 1950er Jahre begann die Regierung unter Gheorghiu-Dej, der ein überzeugter Stalinist war,[4] aus mehreren macht- und außenpolitischen Gründen eine vorsichtige Abkehr von der Sowjetunion.[5] Es begann eine aggressive Industrialisierung des Landes, die von Nicolae Ceausescu in den 1960er fortgesetzt wurde. Das Schwergewicht des Politischen verlagerte sich in Folge dessen vom Dorf in die Stadt.[6] Eine andere wichtige Folge dieser Abkehr von

[1] Detemple, 2011
[2] Granville, 2008
[3] Detemple, 2011
[4] Deletant, 1999. S. 195
[5] Kunze, 2009
[6] Oancea, 2005. S. 38

der Sowjetunion war, dass sich der rumänische Kommunismus vom Internationalismus (also dem Anti-nationalismus) abwendete und immer mehr eine Version des Nationalismus in einer strukturell sowjetkommunistischen Gesellschaft anstrebte.[7] Dieser nationalistische Diskurs, der auch von Ceausescu verfolgt wurde, diente als Ablenkung von den materiellen Schwierigkeiten der Bevölkerung und zur politischen Rechtfertigung der Machthaber,[8] aber auch zur Eindämmung von Protestbewegungen (wie z. B. die der Bauern) und von Dissens innerhalb des linken politischen Spektrums. Der Anfang der Regierungszeit Ceausescus war auf der einen Seite eine Weiterführung des Nationalkommunismus,[9] auf der anderen Seite repräsentierte er eine Abkehr von der stalinistischen Linie Gheorghiu-Dejs. Unterstützt durch eine relative Verbesserung der Lebensumstände war Ceausescu, der zunächst als Reformer auftrat, recht beliebt und genoss vor allem wegen seiner - von der Sowjetunion unabhängigen[10] - Außenpolitik immer mehr Ansehen bei westlichen Regierungen. Die "Pseudoliberalisierung" war aber von kurzer Dauer,[11] da Ceausescu sehr bald eine autoritäre Linie einführte und die Freiheiten der Bevölkerung immer mehr einschränkte. Die wohl berüchtigste Maßnahme war das Verbot der Abtreibung und Empfängnisverhütung, das zwischen 1966 und 1989 zum Tode von ca. 11.000 Frauen durch misslungene illegale Abtreibungsversuche führte.[12] Zusätzlich verfolgte Ceausescu eine Neuausrichtung und Umstrukturierung des Landes durch massive Zwangsumsiedlungen, das sogenannte Systematisierungsprogramm[13]. In Folge dieser Entwicklungen erschien das "Schreiben der Sechs", in der sechs Persönlichkeiten aus der Führungselite der Kommunistischen Partei einen offenen Brief mit Reformforderungen publizierten und so offen mit der parteitreuen Linie brachen.[14]

1.2 Die 1990er Jahre

Die Dezemberrevolution 1989, die mit der Hinrichtung von Nicolae und Elena Ceausescu am 25. Dezember endete, brachte die zweite Reihe der damaligen Nomenklatura um Ion Iliescu an die Macht. Iliescu war ein Apparatschik der ehemaligen kommunistischen Partei, der im Mai 1990 bei den ersten Wahlen zum Staatspräsidenten gewählt wurde. In den 1990er Jahren erhielt Rumänien von den internationalen Finanzorganisationen (IWF, Weltbank) unter den typischen Bedingungen des neoliberalen Modells Kredite, um die Staatsunternehmen zu restrukturieren und zu sanieren : Privatisierung, Deregulierung, und Liberalisierung.[15] Die Privatisierungswelle begann 1992 und nahm 1997 Fahrt auf. Tausende staatliche Unternehmen wurden zu 30% an die Bevölkerung in Form von Anteilen weitergegeben,[16] was aber wegen der hohen Inflation (1993 mit einem Rekordwert von 256.1%) und der steigenden Armut und Arbeitslosigkeit eher die Entstehung von Oligarchen und Monopolstrukturen, ähnlich der Entwicklung in Russland in den 1990er Jahren, als Folge hatte. Zusätzlich wurde die Arbeitslogik aus den 1980er Jahren (bedingt durch die sog. Knappheitswirtschaft[17] und durch *soft budget constraints*[18]) in die Privatisierungfonds weitergetragen, was die personalistischen Machtbeziehungen konsolidierte. Zur Zeit der Revolution 1989 lebten ca. 7% der Bevölkerung

[7] ebd. S. 43
[8] ebd. S. 44
[9] Manea, 2008. S. 120
[10] Er sprach sich z.B. gegen den sowjetischen Einmarsch in die Tschechoslowakei von 1968 aus.
[11] Manea, 2008. S. 121
[12] Kunze, 2009. S. 326
[13] Deletant, 1995. S. 294ff
[14] ebd. S. 275
[15] Verseck, 2007. S. 142
[16] ebd.
[17] Verdery, 1996
[18] Siehe z.B. Kornai et al., 2003.

in Armut. Bis 1994 stieg die Armutsquote auf 22% bis 39% und in einer zweiter Welle zwischen 1997 und 1999 bis auf 42%.[19] Die Lebenserwartung sank von 69.8 Jahren 1989 auf 69.0 Jahre 1997.[20] Die sog. Transitionsperiode (die im Nachhinein als die neoliberale Neukapitalisierung betrachtet werden kann) bestand also aus zwei Phasen: 1990 - 1996 war sie eher graduell, von Klientelpolitik geprägt und durch eine von lokalen Machtakteuren herbeigeführte Privatisierung charakterisiert und ab 1997 manifestierte sie sich als klassische neoliberale Schocktherapie.[21] Man kann sagen, dass eine osteuropäische Version des *TINA* (There is no alternative) Modells entstanden ist, die den Staatskapitalismus über eine Phase des Monopolkapitalismus (also einer Phase der ursprünglichen Akkumulation von Kapital) in einen Kapitalismus nach neoliberalen Modell privatisierte. Die Transition entsprach dem Muster der postsozialistischen Entwicklung, also, wie Tichindeleanu erläutert, dem einer Wiedereingliederung Rumäniens in die Semi-Peripherie (siehe Wallenstein[22]) des globalen Kapitalismus und die Neuerschaffung von strukturellen Abhängigkeiten und Hierarchien der zeitgenössischen kolonialen Welt.[23]

Anfang der 1990er Jahre gab es bereits eine Spaltung der sozialen Konflikte. Einerseits gab es ab 1992 zahlreiche kleinere und größere Kundgebungen und Streiks, die meistens Arbeitsbeziehungen im öffentlichen Sektor zum Thema hatten und direkt auf die Privatisierung und Liberalisierung dieser Institutionen zurückzuführen sind. Auf der anderen Seite gab es große städtische Demonstrationen, die noch stark von der Dezemberrevolution geprägt waren. Die größte Demonstrationswelle des zweiten Typus kam 1990/1991 mit einer starken anti-kommunistischen Prägung und war hauptsächlich gegen den befürchteten Verlust des demokratischen Mitspracherechts - ausgehend von der an die Macht gekommenen Nomenklatura und dessen Nähe zum gestürzten Ceausescu-Regimes - als gegen die bevorstehenden wirtschaftlichen Maßnahmen und deren Folgen gerichtet. Die Befürchtung der meisten DemonstrantInnen war die Unterwanderung der Demokratie durch die alten Parteikader, nicht die Art der wirtschaftlichen Entwicklung, die als selbstverständlich (sprich: konsumorientiert, westeuropäischer Wohlstand usw.) angesehen wurde. Kritische Auseinandersetzungen gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung gerieten somit in den Hintergrund. Obwohl der Großteil der Bevölkerung, inklusive der urbanen Schicht, vor allem aber die entlassenen ArbeiterInnen aus den privatisierten/abgewerteten Fabriken, die sozialen Einschnitte, den wirtschaftlichen Niedergang (z.B. sank das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf bis 2006 weit unter das Niveau von 1989), und die Folgen der Inflation spürten, hoffte die Bevölkerung auf Demokratie und Wohlstand und vor allem darauf, die Erblasten des Stalinismus, deren Repräsentanten in die damaligen Machtstrukturen noch eingebunden waren, zu eliminieren. Die Kundgebungen 1990/1991 wurden vor allem von Studierenden, BürgerrechtlerInnen und dem intellektuell-bürgerlichen Lager getragen (dabei war die Orthodoxie, als Gegensatz zum Sozialismus, ebenfalls Teil der bürgerlichen Bewegung). Als Antwort auf diese Proteste rief der damalige Präsident Ion Iliescu die Bergarbeiter aus dem Schiltal nach Bukarest, um die Regierung gegen einen vermeintlichen Coup d'Etat zu verteidigen. Diese so genannten "Mineriaden" sind auch ein Symbol für den politischen Kampf zwischen dem konservativen alt-kommunistischen Parteikader und der Gruppe der konservativ-liberalen anti-kommunistischen Intellektuellen, der die 1990er Jahre in Rumänien geprägt hat; ein Kampf, der aber die Realität der Transformation für die ArbeiterInnenschicht ignorierte

[19] UNDP, 2002
[20] ebd.
[21] Eckert, 2008. S. 127
[22] Siehe z.B. Wallerstein, 1974
[23] Tichindeleanu, 2015

oder für eigene Zwecke missbrauchte.[24] Nach der Schocktherapie, die 1997 angefangen hat, wurden 30% der Bergarbeiter im Schiltal arbeitslos[25] und hatten wenig Chancen - auch wegen des schlecht-funktionierenden Sozialstaats - neue Arbeit zu finden. Dies führte 1999 zu den letzten zwei "Mineriaden", die mit Polizeigewalt niedergeschlagen wurden. Die "Mineriaden" haben den politischen Diskurs in Rumänien maßgeblich geprägt und die Entpolitisierung der Bevölkerung verstärkt. Zusätzlich hat es zu einer gewissen Entsolidarisierung der urbanen Bevölkerung gegenüber Gewerkschaften geführt, die in manchen Schichten bis heute anhält. Während die Arbeitsproteste und Streiks weitgehend aus der kollektiven Erinnerung der 1990er Jahre verschwunden sind, prägt die zweite Gruppe von Protesten die Öffentlichkeit bis heute. Diese Entwicklung deutet auf die Anfänge des Phänomens der Übernahme des kritischen Diskurses durch die aufsteigende bürgerliche Mittelschicht, deren Interessen vor allem in einer Neukapitalisierung und Eingliederung im westlichen Kapitalismus lagen, hin. In einem Land wie Rumänien ist dieses Phänomen eine Instanz des Neokolonialismus, der eine kulturelle Hegemonie bestimmt, die sich in erster Linie in dem Wunsch, zur Mittelklasse des Zentrums dazu zu gehören, und in der Verachtung gegen alle, die sich nicht in dieser Logik eingliedern, äußert.[26]

Die osteuropäische Variante von TINA, die Konzentrierung der urbanen Elite auf den Anti-Kommunismus und das Erinnerungserbe der "Mineriaden" in den dominanten Schichten, hatten eine doppelte Wirkung. Auf der einen Seite haben sie zu einer Konsolidierung der neoliberalen Eliten in den politischen Machtstrukturen, auf der anderen Seite zu einer unkritischen Position gegenüber wirtschafts-relevanten Themen, geführt. Dies hat wiederum den Weg geebnet für eine zunehmende politische Machtkonzentration, die durch die Verzahnung der Oligarchenklasse mit den politischen Strukturen definiert war. Die Trägheit dieser Entwicklung der 1990er Jahre bestimmte den politischen Diskurs der 2000er Jahre und vertiefte die Krise der politischen Repräsentation.

1.3 Die 2000er Jahre

Durch die Deindustrialisierung (1989 arbeiteten 4 Mio. Menschen im Industriebereich, im Jahr 2000 nur noch 2 Mio.) und das Schrumpfen der Wirtschaft (das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf sank bis 2006 weit unter dem Niveau von 1989) waren immer mehr Menschen vom unterfinanzierten Sozialstaat abhängig. Zusätzlich war die Wirtschaft nicht robust genug, um Arbeitsplätze zu schaffen, was dazu führte, dass das Bruttoinlandsprodukt bis ins Jahr 2000 stagnierte. All das erzeugte einen massiven Druck auf das Sozialsystem, das nur durch das Ventil der Arbeitsmigration bestimmter Schichten vom totalen Kollaps gerettet wurde. Nach 1990 sind ca. 2 Mio. RumänInnen ins Ausland emigriert, die meisten davon (ca. 77%) mit einem Sekundär- oder berufsbildendem Schulabschluss und nur 9% davon mit einem Universitätsabschluss.[27] Nach 2000 lockert sich dieser Druck langsam für eine bestimmte Klasse von Menschen, die dann auch den Großteil der DemonstrantInnen nach der Krise ausmachen sollten. Zusätzlich zur stabilisierten Inflationsrate waren die 2000er Jahre durch ein hohes Wirtschaftswachstum geprägt, z.B. vermerkte die rumänische Wirtschaft zwischen 2000 und 2005 ein durchschnittliches Wachstum von 5.8%.[28] Tabelle 1 zeigt die Entwicklung des Wirtschaftswachstums von 2005 bis 2014.

[24] Siehe z.B. Poenaru, 2015b
[25] Gotia, 2011. S. 8 ff.
[26] Nan, 2014
[27] Brscic et al., 2011. S. 19
[28] http://wko.at/statistik/eu/europa-wirtschaftswachstum.pdf (Stand: 14.09.2016)

2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
4.17%	8.06%	6.86%	8.46%	-7.07%	-0.7%	1.06%	0.64%	3.53%	2.96%

Tabelle 1: *Wirtschaftswachstum nach 2005 (Daten von World bank data)*

Als die Krise 2008 Europa erreichte, vermerkte Rumänien im darauffolgenden Jahr ein Einbruch der Wirtschaftsleistung (siehe Tabelle 1). Die Antworten der Regierung waren entlang der Linien des klassischen Modells der neoliberalen Wirtschaftspolitik. Man verfolgte einen dualen Kampf gegen Rezession und Staatsverschuldung indem man vor allem in öffentlichen Bereichen (Sozialstaat und Bildung) eine Austeritätspolitik durchführte. Einer der strukturellen Gründe, warum die Krise die Wirtschaft in Rumänien (und in ganz Osteuropa) so stark getroffen hat, war dass die hohen Wachstumsraten in den Jahren 2005 - 2008 hauptsächlich durch den Konsum von Importgütern entstanden,[29] der in erster Linie durch billige Kredite finanziert worden war. Dieser Kontext erzeugte nicht tragbare Wachstumraten von über 5%, die dann in Folge der Wirtschaftskrise implodierten.

Da staatliche Institutionen (und generell ein großer Staatssektor) oft mit dem Kommunismus in Verbindung gebracht werden, genießen diese Institutionen wenig Vertrauen innerhalb der rumänischen Bevölkerung. Außerdem herrscht eine sehr hohe Volatilität (oder "stochastische Politik"[30], wie Vasile Ernu sie nennt) bezüglich der Zusammensetzung von politischen Koalitionen, die nicht nach Parteiideologie oder Koalitionsstrategien, sondern eher nach persönlichem Befinden und Machterhaltungslogik geschlossen werden, was eine Kontinuität bezüglich staatlicher Institutionen sehr schwierig macht. Dies führt dazu, dass diese Institutionen selten gegen Angriffe der neoliberalen Privatisierungs- und Verschlankungspolitik verteidigt werden.

Die politische Krise wurde durch eine soziale Krise verstärkt. Der wirtschaftliche Aufschwung und die Aufnahme Rumäniens in die EU (2007) verhalf einer bestimmten Klasse von Menschen zu einem sozialen Aufstieg. Getrieben von massiven Investitionen aus dem Ausland im Hightech-Bereich und einer Umstrukturierung der Exportindustrie[31], gelang vor allem jungen, gut ausgebildeten Menschen in den Städten der soziale Aufstieg. Sie waren die Gewinner der Jahre bis zur Krise. Gleichzeitig begann diese Gruppe von Menschen den westlich-kapitalistischen Diskurs zu internalisieren und in den rumänischen Kontext einzubringen. Dies äußerte sich vor allem in einer Verschiebung der Ideologie eines Teils der aufstrebenden Mittelschicht hin zu einer klassistischen und teils rassistischen Meritokratielogik. Obwohl die wirtschaftliche Erholung seit 2001 viele Menschen aus der Armut gehoben hat, ist der soziale Abstieg einer Mehrheit der Bevölkerung nicht überwunden.[32] Die Entwicklung der politischen Parteien und deren Handlungslinien werden zunehmend von der Minderheit der Gewinner dieses wirtschaftlichen Aufschwungs geprägt. Ihre Interessen sind vor allem Stabilität und ein starker Rechtsstaat auf der einen Seite, einen schlanker Staat und niedrige Steuern auf der anderen Seite. Am anderen Ende des Spektrums findet sich eine Minderheit von Verlierern, die nur durch die Schattenwirtschaft oder Arbeitsmigration eines oder mehrerer Familienmitglieder überleben können, und deren politische Interessen nur selten mit denen der ersten Gruppe übereinstimmen. In dieser Gruppen sind vor allem Mitglieder aus der

[29] Constantin et al., 2011

[30] Ernu, 2013. S. 27

[31] Bis zum Anfang des neuen Millenniums galt Rumänien als Billiglohnland, vor allem für die Textilindustrie, jedoch um die Jahrtausendwende stiegen die Lohnstückkosten und machten einen strukturellen Wandel notwendig. Der Export stützte sich damals zunehmend auf Produkte für die Fahrzeugindustrie (inkl. Fahrzeuge) und immer weniger auf die Textilbranche.

[32] Neef, 2006

Roma-Minderheit, Menschen mit niedrigen Bildungsgrad und ältere Personen zu finden.[33] Die große Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Nicht-Verlierern, also denjenigen, die zwar über weniger Realeinkommen als vor der Krise verfügen, aber ihre Beschäftigungsposition erhalten konnten.[34] Symptomatisch für den osteuropäischen Kontext ist in diesem Fall, wie wir später anhand von konkreten Protesten genauer erläutern werden, dass eine Minderheit von Gewinnern den politischen Diskurs, sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch (z. B. in den Straßen), übernimmt und umdefiniert, um die Interessen ihrer sozialen Klasse zu artikulieren, und somit eine Internalisierung der kolonialen Dominanz, die sich nach innen (vor allem gegen die Transitionsverlierer) richtet, vorantreibt.

2 Protestkultur und Protestformen seit 2010

Die 1990er Jahre waren trotz des wirtschaftlichen Zusammenbruchs von einer dualen Hoffnung, vor allem in der urbanen Bevölkerung, geprägt. Auf der einen Seite haben die Gewinner und Nicht-Verlierer der Transition gehofft, dass nach einer kurzen und als normal angesehen Krise der Transformation die neue Wirtschaftsordnung den ersehnten Aufschwung bringt. Auf der anderen Seite hat man gehofft, dass die politische Transformation die nötige Kraft aufbringen kann, um die Trägheit der alten politischen Machtnetzwerke zu brechen. Diese duale Hoffnung hat in der kollektiven Mentalität dieser Gruppen eine symbolische Symbiose zwischen neoliberalen marktwirtschaftlichen Reformen und westlicher Demokratie erzeugt.[35] Diese Symbiose hatte eine doppelte Wirkung. Auf der einen Seite hat sie zu einer Konsolidierung des neoliberalen Transformationsmodell in den politischen Machtstrukturen, auf der anderen Seite zu einer zunehmenden Apathie der Bevölkerung gegenüber politischen Themen und Ideologien und demokratie-politischer Beteiligung, geführt. Wie oben angemerkt gab es auch in den 1990er Jahren wichtige Proteste und Plattformen[36], die soziale Ungleichheit bekämpften. Jedoch waren sie isoliert und haben keine politisch relevante Dimension erreichen können. Der Aufschwung Anfang der 2000er Jahre hat die Entwicklung kritischer Bewegungen aus der Peripherie weiter erschwert, da die Mehrheit der Bevölkerung, die wenig oder gar nicht vom Aufschwung profitieren konnte, durch das Ventil der Arbeitsmigration und einfacher Kredite für eine Zeit relativ unkritisch gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Elite geblieben ist, und die wenigen solidarischen Initiativen, die entstanden sind, eine eher patriarchale und hierarchische Beziehung zu den marginalisierten Schichten aufgebaut haben.

Die Ernüchterung kam dann 2010 in Folge der Wirtschaftskrise, als die Bruchlinien des Transformationsmodells auch in der gebildeten Mittelschicht spürbar wurden. Im Kontext dieser Schicht reden manche von dem langen Jahrzehnt (1996 - 2010), das mit der Hoffnung der sogenannten "demokratischen Opposition" (die liberale Partei in den 1990er Jahren), die 1996 an die Macht kam, begann und mit der Geste von Adrian Sobaru endete, der sich in einer Verzweiflungsgeste vom Balkon des Parlaments stürzte.[37] In diesem langen Jahrzehnt setzte sich die Zivilgesellschaft mehrheitlich aus der intellektuellen Schicht zusammen. Diese verlor aber infolge des politischen Sieges der liberalen Partei 1996 mehr und mehr ihre Autonomie und kritische Stimme und konzentrierte sich fast nur auf den Antikommunismus-Diskurs.[38] Wenn, wie Vasile Ernu schreibt, der Antikommunismus, der bis 1996 notwendig

[33] ebd.

[34] ebd.

[35] Siehe z.B. http://www.criticatac.ro/lefteast/between-institutional-and-non-institutional-forms-of-democratic-organizing-towards-revolutionary-change/ (Stand 14.09.2016)

[36] Siehe z.B. die Initiative Desire [http://www.desire-ro.eu/?page_id=27] (Stand: 14.09.2016)

[37] Ernu, 2013. S. 24

[38] ebd. S. 25ff

war, seine kritische Funktion verliert und in einem Propagandainstrument der neoliberalen Elite umgedeutet wird, verliert die Klasse der Intellektuellen ihren progressiven Charakter und wird zu einer konservativen und reaktionären Kraft.[39]

2.1 Die wichtigsten Proteste

Die ersten größeren Straßenproteste in Rumänien ereigneten sich spontan als Reaktion auf die Austeritätspolitik nach der Krise von 2008. Obwohl der konkrete Auslöser die geplante Privatisierungsreform der Rettungsdienste war, erweiterte sich die Thematik sehr schnell auf Armut, Korruption und das Austeritätspaket.[40] Weiteren isolierten Streiks, wie dem der Eisenbahner[41] und Bergarbeiter[42] 2013, oder den relativ kleinen Straßenprotesten gegen Kürzungen im Bildungssektor und im Gesundheitssystem sowie gegen staatliche Entlassungen und Arbeitsbedingungen in Fabriken folgten vier der größten Protestbewegungen der letzten 20 Jahre in Rumänien: der andauernde Widerstand gegen das Goldminenprojekt in Rosia Montana[43] und gegen Schiefergas in Pungesti[44], gegen die politisch-motivierte Handhabung der Präsidentschatswahlen in der Diaspora[45] und die Demonstrationen nach der Brandkatastrophe in einem Club in Bukarest[46].

In Rosia Montana, einem Bergdorf, in dem schon zu römischer Zeit Goldabbau betrieben wurde, hat man in den 1990er Jahren geplant, ein neues Tagbauprojekt zur Gewinnung von Gold und Silber aufzubauen. Das Projekt, für das die Lizenz[47] der kanadischen Firma Gabriel Resources ohne öffentliche Ausschreibung erteilt worden ist, sollte eine auf Natriumcyanid-basierende Gewinnungsmethode einsetzen, die vor allem nach dem Dammbruch in Baia-Mare stark unter Kritik geraten ist. Schon früh hat sich eine Gegenbewegung zu diesem Projekt gebildet, unterstützt durch etliche kulturelle Projekte (wie z.B. das "FânFest" Protestfestival). Auch wenn der Widerstand von Bedeutung war und eine beachtliche Größe erreicht hat, war das Echo innerhalb der Bevölkerung eher gering. Nachdem die sozialdemokratische Partei erst gegen das Projekt war, änderte sie nach der Regierungsübernahme ihre Meinung und bestellte im August 2013 eine Abstimmung im Parlament zu einer Verordnung, die alle Hürden, die dem Projekt noch im Weg standen, entfernen sollte.[48] In Folge dessen fanden am 1. September 2013 in den wichtigsten Städten die ersten größeren Straßenproteste statt, die sich jede Woche wiederholten und immer stärker ausweiteten. Die wichtigste Charakteristik dieser Proteste war die am Anfang heterogene Zusammensetzung der DemonstrantInnen, von rechten Fussballhooligans, orthodox-christlichen Konservativen bis hin zu kapitalismuskritischen Linken. Durch den Druck der Kundgebungen wurde das Projekt abgesagt, was dazu führte, dass Gabriel Resources den rumänischen Staat 2015 verklagte.[49] Eine andere Bewegung, die aus der ähnlichen Problematik des Extraktivismus entstanden ist, ist der Widerstand gegen Fracking

[39] ebd. S. 25ff

[40] Siehe z.B. https://www.taz.de/!5101746/ (Stand 14.09.2016)

[41] Siehe z.B. https://www.rf-news.de/2013/kw16/18.04.13-rumaenien-eisenbahner-streiken-wegen-fehlender-lohnzahlung (Stand 14.09.2016)

[42] Siehe z.B. http://orf.at/stories/2191566/ (Stand: 14.09.2016)

[43] Siehe z.B. http://www.theguardian.com/environment/2013/sep/17/romanians-mobilise-gold-mine (Englisch) (Stand: 16.09.2016) oder Gotiu, 2013 (Rumänisch)

[44] http://www.oekonews.at/index.php?mdoc_id=1084206 (Stand 16.09.2016)

[45] Siehe z.B. http://www.tt.com/home/9213316-91/rumänien-wahl-proteste-gegen-schlechte-organisation-im-ausland.csp (Stand: 16.09.2016)

[46] Siehe z.B. http://www.sueddeutsche.de/politik/brand-in-bukarest-wie-die-colectiv-katastrophe-rumaenien-veraendert-hat-1.2793759 (Stand: 16.09.2016)

[47] Die geheim-gehaltene Lizenz kann man auf rumänisch hier finden http://www.riseproject.ro/articol/documentele-confidentiale-ale-afacerii-rosia-montana/ (Stand:16.09.2016)

[48] Siehe http://www.bbc.com/news/world-europe-23865805 (Stand: 16.09.2016)

[49] Siehe http://canadians.org/blog/rosia-montana-mine-stopped-canadian-company-sues-using-uk-romania-investor-state-provision (Stand: 16.09.2016)

in der rumänischen Ortschaft Pungesti, wo die lokale Bevölkerung durch die Staatsgewalt massiv unterdrückt wurde, um das Schiefergasprojekt von Chevron voranzutreiben. Während die Rosia Montana Proteste von Menschen aus städtischen Zentren koordiniert waren, wurde der Widerstand in Pungesti vor Ort von Bauern organisiert und konnte keinen ähnlichen Verstärkungseffekt durch urbane Straßenproteste erfahren.[50] Während in der Bevölkerung die Korruption von staatlichen Beamten sehr kritisch gesehen wird, gelten die Aktionen von Chevron als bloßes Lobbying, also als legitim und innerhalb der Regeln des Kapitalismus, weshalb eine ähnliche landesweite Mobilisierung wie im Fall von Rosia Montana nicht eintrat.[51]

Bei der Stichwahl der Präsidentschaftswahlen 2014 traten der von der sozialdemokratischen Partei gestellte favorisierte Kandidat Victor Ponta und der, von der Christlich-Liberalen Allianz (ein Bündnis der liberalen und konservativen Parteien) aufgestellte Bürgermeister von Hermanstadt, Klaus Johannis, gegeneinander an. In der ersten Runde waren zu wenige Wahllokale und Wahlurnen für die rund 4 Millionen RumänInnen im Ausland organisert, was zu extrem langen Wartezeiten in vielen europäischen Städten führte.[52] Dies wurde als Versuch der sozialdemokratischen Partei gedeutet, die im Ausland lebenden RumänInnen, von denen über 80% für Johannis stimmten, daran zu hindern, an der Wahl teilzunehmen. In der zweiten Runde wählten 89,68% der Auslands-RumänInnen Johannis, der als weniger Korrupt und Machtbesessen in der Bevölkerung wahrgenommen wurde. Zwischen den zwei Runden gab es zahlreiche Kundgebungen gegen Victor Ponta und die sozialdemokratische Regierung, die als hauptverantwortlich für den Wahlverlauf angesehen wurden.

Am 20. Oktober 2015 fand ein Konzert der Band Goodbye to Gravity in einem Bukarester Club statt. Wegen den unzureichenden Feuerschutzmaßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen entstand nach einer nicht genehmigten Pyrotechnikeinlage ein Brand, der 64 Menschen das Leben kostete. Diese Katastrophe wurde als Symbol für die Korruption der öffentlichen Ämter und generell der politischen Klasse gesehen (und nicht für die Prekarisierung des Lebens im öffentlichen Raum in der neoliberalen Peripherie). Vor allem in Bukarest bildeten sich spontan Straßenproteste, die den Rücktritt der Regierung forderten. Der massiv unter Druck geratene Premierminister Victor Ponta zog sich aus der Regierung zurück, was den Weg für eine von den Demonstranten geforderte technokratische Regierung, die vom Parlament im November 2015 bestätigt wurde, frei machte.

2.2 Analyse der Proteste

Die Geste von Adrian Sobaru[53] der sich aus Protest gegen die Austeritätspolitik vom Balkon des Parlaments stürzte, war eine Geste der Verzweiflung, die im Kontext einer Entsolidarisierung und Atomisierung der Gesellschaft entlang der Linien einer neoliberalen Transformationslogik als einzige Alternative übrigzubleiben schien. Die darauffolgenden Straßenproteste waren das Symptom einer anderen Logik: Die der Übernahme des kritischen Diskurses durch die neoliberale Hegemonie. Die Dualität zwischen der neoliberalen Macht und der neoliberalen Hegemonie ist hier offensichtlich.

Die Mehrheit der Proteste bis ins Jahr 2010 waren politische Artikulationen beziehungsweise Rückforderungen der Schicht der Nicht-Verlierer. Danach wurde die Stimme der Gewinner dominant. Diese Dominanz ist offensichtlich in der allgegenwärtigen Botschaft, die sich in den vergangenen Jahren in allen Protesten, unabhängig von deren heterogenen Zusammensetzung,

[50] Poenaru, 2015a

[51] ebd.

[52] Siehe z.B. http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/rumaenische-praesidentenwahl-endet-im-chaos-13244364.html (Stand: 16.09.2016)

[53] Siehe z.B https://www.theguardian.com/world/2010/dec/23/romanian-man-jumps-parliament-balcony (Stand: 16.09.2016)

kristallisiert hat. Was nicht nur in den Fällen von Rosia Montana und Pungesti offensichtlich war, sondern auch während der Präsidentschaftswahlen und nach der Colectiv-Tragödie augenscheinlich wurde, war, dass die jeweiligen Bewegungen soziale Strukturen und lokale Dynamiken widerspiegelten, und somit einen Einfluss sowohl auf die artikulierte Botschaft, als auch auf das Echo in der Presse, im politischen Spektrum und in der allgemeinen Bevölkerung, hatten. Darüber hinaus wurde die Dominanz der Mittelschicht durch die Resonanz der Problematik innerhalb des rechten Spektrums unterstützt und verstärkt. In den rechten Kreisen wird Ökologie (wie im Fall von Rosia Montana und Pungesti) durch das Prisma des Nationalismus gefiltert und richtet sich somit nicht gegen das große Kapital und seine Interessen, sondern gegen so genannte "ausländische Interessen". Innerhalb dieser Dominanz wurde die Bekämpfung der Korruption zum Referenzsymbol und Technokratie zur Referenzlösung. Im osteuropäischen Kontext bedeutet Korruptionsbekämpfung also im wesentlichen Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung.[54]

Die politische Klasse wird wegen den informellen Netzwerken zur Erhaltung der Macht verabscheut. Die heutige Zivilgesellschaft, die infolge der Entwicklung der letzten 20 Jahre entstanden ist, hat sich den Diskurs der neoliberalen Meritokratie, die auf einen schlanken Staat aufbaut, angeeignet. Die Meritokratie im Postsozialismus ist der Diskurs einer Klasse, die das Herauskristallisieren von sozialen Unterschieden im Übergang von Sozialismus zu Kapitalismus als natürlich und legitim verschleiert. Die strukturelle Gewalt dieser Transformationen, die damit einhergegangen ist, wird im Namen dieser dünnen Mittelklasse umgedeutet und normalisiert. Ebenfalls wird die Antikorruptionskampagne (die mit der Gründung der Antikorruptionsbehörde DNA in den letzten Jahren einen enormen Umfang erlangt hat; die den symbolischen und effektiven Sprung vom Plünderungs- zum "sauberen" Kapitalismus macht) im Namen der Interessen dieser Gruppen geführt. Die Proteste stellen also eine Hybridisierung der politischen Machtstrukturen und der Zivilgesellschaft dar und werden so zu einem Mechanismus für die Implementierung neoliberaler Politik.

Wie Dan Cirjan analysiert, impliziert der Anti-Korruptions-Diskurs eine nachhaltige Fokussierung auf einen identifizierbaren Täter, welche jede systemische Analyse der politischen und wirtschaftlichen Konflikte und somit eine systemische Reform untergräbt.[55] Symbolisch in diesem Sinne ist der Slogan "Korruption tötet", mit dem sich die letzten Proteste artikulierten, eine Anspielung auf die 64 Toten der Brandkatastrophe im Bukarester Nachtklub "Colectiv". In Folge dieser Fokussierung verwandelt sich auch die politische Elite strukturell und versucht sich als technokratisch zu verkaufen (wie im Fall der oppositionellen liberalen Partei) oder, wie im Fall der sozialdemokratischen Partei, eine These der kollektiven Schuld zu fördern: die Proteste sind eine Reaktion auf die Mängel der "politischen Klasse" als Ganzes, eine These, die auch eine gewisse Resonanz innerhalb der Protestbewegungen hatte.[56] Im Kontext des Anti-Korruptions-Diskurses positioniert sich die Mittelschicht gegen Korruption, ohne sich aber zu fragen, wie Korruption entsteht, so dass sie, in Anlehnung an konservative Kräfte in Westeuropa, die Korruption in einem moralischen Rahmen interpretiert und daran scheitert, die strukturellen Effekte der Neu-Kapitalisierung zu erkennen.[57]

Das Potential jeder Bewegung hängt stark von der Fähigkeit ab, den auslösenden Ereignissen einen Sinn zu verleihen. Nach 2012 haben sich die Medien und die Machtstrukturen mit den Interessen der urbanen Mittelschicht zusammengeschlossen, um diesen Sinn zu schmieden. Nach den "Colectiv"-Protesten hat der neu gewählte rumänische Präsident, der selber von

[54] Rogozanu, 2014
[55] Cirjan, 2016
[56] Cirjan, 2016
[57] Nan, 2014

dieser "Zivilgesellschaft" an die Macht befördert wurde, die Vertreter dieser "Zivilgesellschaft" zu einem Treffen eingeladen. Es war ein Treffen zwischen den Vertretern und den Apologeten[58] des Kapitals, wo nur bestimmte Bevölkerungsschichten representiert waren.[59] Es war also ein Treffen, das die aktuelle Lage der "Mainstream"-Protestbewegungen sehr gut verdeutlicht: Diejenigen, die einen Teil der Machtelite ausmachen, schließen sich mit denen, die die Möglichkeit haben, zu kritisieren, zusammen, in einem Versuch, den Protest im Sinne der neoliberalen Logik zu neutralisieren und auf moralisierende Diskurse umzulenken. Somit wird die Antikorruption zum hegemonialen Diskurs im politischen Bereich des Postsozialismus.

Die Entwicklung dieser Bewegungen, die trotz unterschiedlicher Auslöser eine fundamentale Problematik der Transition ansprechen, ist symptomatisch für den osteuropäischen Kontext, da sie von einer heterogenen Mittelschicht übernommen und umdefiniert wurden, um die Interessen ihrer sozialen Klasse oder Gruppe zu artikulieren. Korruptionsbekämpfung ist in diesem Kontext, vor allem in der osteuropäischen Peripherie, eng mit der ökonomischen Philosophie "mehr Privat - weniger Staat" verflochten. Eine technokratische Regierung (eine solche wurde als Folge der letzten Proteste gegen die vorherige Regierung tatsächlich eingesetzt) wird als einzige Lösung in Richtung eines "guten" Kapitalismus angesehen; der freie Markt wird als Erlösung von der staatlichen Korruption verkauft. Das Potential dieser sozialen Bewegungen, die in Folge des Versagens der Transition und der Austeritätspolitik entstanden sind, wird vom liberalen Lager monopolisiert und übernommen und somit in einen auf der Logik des Kapitals aufbauenden Diskurs umgelenkt.

Während sich wie in anderen Ländern in Osteuropa tatsächlich eine sogenannte "Zivilgesellschaft" bildete und ihre Forderungen zu artikulieren begann, ist politisches Handeln nur auf die urbane Mittelschicht konzentriert und marginalisiert dadurch nicht nur linke emanzipatorische Positionen, sondern auch einen Großteil der ländlichen Bevölkerung. Diese Isolierung wird weiterhin durch die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten 20 Jahre vorangetrieben. Die urbane "Zivilgesellschaft", die aus den entrechteten sozialen Klasse der 1980er und 1990er Jahre entstanden ist, sieht die Beseitigung der Korruption als die notwendige und hinreichende Bedingung für einen gut funktionierenden Staat, der auf eine technokratische Politik aufbaut. Somit entsteht eine Monopol-Version der deliberativen Demokratie, die sich in einem eingeschränkten, exclusivistischen und hermetischen öffentlichen Raum manifestiert und nur die Thematiken und Interessen der dominanten Akteure und Gruppen[60] als Diskurs zulässt. Es zeigt sich hier das bekannte Muster der osteuropäischen Peripherie, die innerhalb der kolonialen Machtstrukturen eine Inklusion im europäischen Zentrum nur durch eine Internalisierung des westlichen Diskurses anstrebt und anstreben kann.[61] In diesem instrumentalisierten Raum ist keine Politik und keine Artikulation von Klassenkämpfen möglich. Während die Anti-Korruption den politischen Diskurs der Mittelklasse weiterhin prägt und zu einer Selbst-Kolonialisierung führt, entstehen neue Formen des Widerstands und der politischen Artikulation, die, angesichts dieser hegemonialen Entwicklungen, neue öffentliche Räume zusammen mit (und nicht nur für) marginalisierte Schichten schaffen wollen.

[58] Oder wie es Dan Cirjan formuliert: "eine Sammlung von Pro-Business-Organisationen (Freedom House, Expert Forum), bürokratisierte nicht-militante Studentenvereinigungen, liberale NGOs, sowie eine Gruppe von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens anerkannt für ihre "Bürgerbeteiligung", das heißt, ein Cluster von neoliberalen Organisationen und Think-tank, zusammen mit einer bürgerlichen Mittelklasse, deren Diskurs auf Konzepte wie moralische Revolution, die Erneuerung der politischen Klasse, Anti-Korruptions-Kampf, oder, in den Worten eines Teilnehmers "Humanismus, Würde, Respekt, Meritokratie und Freiheit", konzentriert war." Cirjan, 2016 (eigene Ubersetzung)

[59] Cirjan, 2016

[60] Siehe z.B. Wheatley, 2003 für eine Diskussion des deliberativen Modells der Demokratie und die Stellung von Minderheiten/marginalisierten Gruppen in diesem Modell.

[61] Siehe dazu: http://www.criticatac.ro/lefteast/from-over-here-in-the-periphery-a-decolonial-method-for-romania/ (Stand: 16.09.2016) und allgemein Gazeta de arta politica, Nr. 12/2015. (Rumänisch)

3 Die Kritische Linke und ihre Protestformen

Als Reaktion auf diese Entwicklungen haben sich in den letzten Jahren neue Formen des politischen Protests gebildet, die bereits die neoliberale (und koloniale) Gefahr der "Straße" erkennen und bekämpfen. Das Merkmal der post-sozialistischen kritischen Linken, die die etatistische und neoliberale Erbschaft der Sozialdemokratie im Lande ablehnt, ist, dass sie nicht-parteiisch, sondern autonom agiert und zudem einer intersektionalen Agenda folgt. Von "Platforma de Teatru Politic"[62] (Platform für politisches Theater) zu "Frontul Comun pentru Dreptul la Locuire"[63] (Die gemeinsame Front für Wohnrecht), von Roma und LGBT-AktivistInnen zu politischen Online-Plattformen wie "Gazeta de Arta Politica"[64] und "Critic Atac"[65], usw. führt die Kritische Linke punktuelle, translokale Kämpfe. Es geht unter anderem um das Recht auf ein würdiges Wohnen; es geht um Kämpfe gegen weitere Privatisierungen im öffentlichen Sektor, gegen den institutionalisierten Roma-Rassismus (Ghettoisierung) und gegen die Islamophobie; und sie setzt sich für LGBT Rechte ein und für den Schutz ausgebeuteter MigrationsarbeiterInnen im westlichen Kern Europas.

Die "Straße" hat sich in der jüngeren Phase (2012-2015) kompromittiert; heute stützt sie die neoliberale Hegemonie, und sie dient den Interessen der Mittelschicht. Die Versuche der kritischen Linken, die parallel zur dominanten Mittelschicht die Straße beansprucht hat, sind gescheitert. Deshalb widmet sich die Kritische Linke der Grassroot-Arbeit mit marginalisierten sozialen Gruppen. Über diese Allianzen, durch den engen und gegenseitig fruchtbaren Kontakt zwischen Marginalisierten und Intellektuellen, entstehen effektive Proteste mit spezifischen Forderungen: Hausbesetzungsversuche, Straßenaktionen, Straßenbesetzung, Demos vor dem jeweiligen Ministerium, Treffen mit den Behörden, um ein konkretes Problem zu lösen usw. All diese Aktionen werden medial gut dokumentiert und propagiert.[66] Ebenfalls wird diese praktische Tätigkeit von der theoretischen Ebene nicht getrennt. In deren Folge sind zahlreiche Manifeste und Analysen verfasst und in Gremien diskutiert worden.[67]

Es ist allerdings nach wie vor unklar, ob diese Ausarbeitungsphase zur Artikulierung einer neuen linken Partei oder zur Abspaltung von der konsolidierten Sozialdemokratie führen wird. Aber ihre historische Bedeutung darf nicht verkannt werden.

3.1 Dekolonialität und Subjektivierung

Darüber hinaus wird der Kampf ebenfalls im Feld der Subjektivierung geführt. Denn die Kritische Linke erkennt (im Gegensatz zu den klassischen MarxistInnen und anders als die meisten GenossInnen in Westeuropa), dass die Kapitalisierung und Finanzialisierung in Osteuropa Hand in Hand mit der Kolonisierung von Subjekten gehen. Der oben genannte anti-kommunistische Diskurs (das Tabu, über die kollektive Erinnerung an den erlebten Sozialismus anders als moralisch und anklagend zu sprechen) ist nur eine Seite der Medaille. Die neoliberale Reconquista hat neue (aus dem Kalten Krieg) und alte (in der Aufklärung verwurzelten) Stereotypen mit sich gebracht. Dieser historische Prozess der Rassifizierung von OsteuropäerInnen ist der Versuch, ganze Bevölkerungsgruppen (meistens ethnisierte) in die (west)europäische und globale kapitalistische Produktionsweise bereits in einer subalterne Position einzufügen. Dazu gehören Übergangsfristen und rassistische Schutzgesetze, die den

[62] http://www.artapolitica.ro/platforma2015/about.html (Stand: 05.06.2016)
[63] http://fcdl.ro/category/en/info-in-english/ (Stand: 10.06.2016)
[64] http://artapolitica.ro/ (Stand: 10.06.2016)
[65] http://www.criticatac.ro/ (Stand: 08.06.2016)
[66] Siehe http://fcdl.ro/ (Stand 16.09.2016)
[67] z.B. Alternativa de Stanga, Dez. 2014

Zugang der Arbeitskräfte aus Osteuropa auf den westlichen Arbeitsmärkten versperrten (wie in Schweden, Belgien, Österreich, Großbritanien usw.; manchmal auf Vorschlag von Sozialdemokratischen Parteien). Dazu gehören auch die Verleumdungskampagnen (wie z.B. in den britischen Medien 2014-15 gegen bulgarische und rumänische ArbeiterInnen systematisch geführt), die den "Osteuropäer" als barbarisch, rückständig, unzivilisiert und Osteuropa als die letzte Wildnis auf dem Kontinent darstellen.

Im intellektuellen Feld sieht die Kritische Linke keine Notwendigkeit, den Denkkategorien und ideologischen Genealogien der westeuropäischen Linke zu folgen. Diese Entkopplungsstrategie hat in erster Linie taktische Gründe (das linke Vokabular und die Praxis muss neu erschaffen werden von der lokalen politischen Spezifizität Osteuropas ausgehend); und zweitens geht es um eine Bekämpfung des epistemischen Imperialismus (oder Kolonialität), die den universellen Anspruch der Theorie in den westlichen Metropolen infrage stellt und mit einem eigenen analytischen Apparat ersetzt. Diese euroskeptische Linie, die den Nationalismus und den Internationalismus Marxscher Art ablehnt, (Ovidiu Tichindeleanu nennt dies zutreffend das Erwachen aus dem europäischen Traum[68]) ist bei allen Organisationen und politischen Praxen zu beobachten. Heute ist das der einzige Weg, der eine effektive Zusammenarbeit zwischen den west- und osteuropäischen Linken ermöglicht.

4 Conclusio

Unser Artikel behauptet, dass die Straßenproteste in der heutigen rumänischen Politik in die Machtmatrix der postsozialistischen Demokratie eingegliedert wurden. Die letzten großen Demonstrationen zeigen, dass eine öffentliche Anfechtung des neoliberalen Konglomerats (Sicherheits- und politischer Apparat, Medien) nicht mehr über diesen Weg möglich ist. Im Gegenteil, die Straßen-Mobilisierung führt zu einer Verbreitung der neoliberalen Hegemonie und zur Legitimierung der neoliberalen Politik. Dies ist kein Beweis für eine unterentwickelte politische Kultur, sondern ist es das kumulative Resultat eines historisch gewachsenen Prozesses (Rekapitalisierung und Finanzialisierung), an dessen Ende die lokale Mittelschicht gestärkt steht. Diese neue Klasse stellt ihre Forderungen: Modernisierung, Effizientisierung des öffentlichen Dienstes, aber vor allem die Rechtsstaatlichkeit. Die Rechnung? Der Abbau des Sozialstaates bzw. was davon noch übriggeblieben ist. Indem die Mittelschicht auf das historisch-revolutionäre Potenzial der Straße zurückgreift (siehe oben), verkündet sie die Notwendigkeit, der früheren Plünderungsphase während der Rekapitalisierung ein Ende zu setzen und ruft das Eintreten in die Phase des sauberen Kapitalismus aus. So nimmt der zivilisatorische bürgerliche Diskurs Form an und so bringt die Mittelschicht kritische Stimmen effektiv zum Schweigen.

Marginalisiert durch diese Mechanismen kehrt die kritische Linke den Straßenprotesten den Rücken und organisiert sich immer stärker außerparteilich. Die Gruppen sind heterogen: MigrantInnen, Roma und LGBT AktivistInnen, KünstlerInnen, TheoretikerInnen usw.; die Aktionen und Interventionen werden in kleinen Gruppen ausgeführt; konkrete Lösungen werden lokal und translokal gesucht; die Arbeit ist dementsprechend intersektional. Diese molekulare Transformation, die bei der kritischen rumänischen Linke in den letzten Jahren stattgefunden hat, weist auf ihre momentane schwache Position hin, aber sie sorgt auch für eine starke Autonomie. In diesem autonomen Kontext ist das dekoloniale Denken, das eine interne Kritik der epistemisch kolonisierten Mittelschicht darstellt und eine neue Bewertung des erlebten Sozialismus in der jüngeren Geschichte des Landes fordert, herausgearbeitet worden;

[68] Ovidiu Tichindeleanu, From the East Within the North: www.FromtheEast.org

und extern wird der (rechte und linke) Gedankenimperialismus in Westeuropa angefochten mit dem Ziel, politische Kategorien einzuführen, die die kollektiven Erfahrungen in Osteuropa decken und die entrechteten BürgerInnen im Neoliberalismus tatsächlich schützen.

Literatur

[Brscic et al., 2011] Brscic et al. - *Demographics and Migration in Europe.* East & West, A CRCE Colloquium, New Series 27, 2011. http://www.crce.org.uk/publications/demographics/demographics.pdf (Stand: 14.09.2016)

[Burakowski, 2016] Adam Burakowski - *Dictatura lui Ceausescu (1965-1989).* Polirom, 14 Jun 2016. (Rumänisch)

[Cirjan, 2016] Dan Cirjan - *Did it Ever Happen? Social Movements and the Politics of Spontaneous Consensus in Post-Socialist Romania.* LeftEast. January 4, 2016. http://www.criticatac.ro/lefteast/social-movements-and-politics-of-spontaneous-consensus-in-romania/ (Stand: 16.09.2016)

[Constantin et al., 2011] Daniela Luminita Constantin, Zizi Goschin, Aniela Raluca Danciu - *The Romanian Economy from Transition to Crisis. Retrospects and Prospects.* In: World Journal of Social Sciences 1 (3), 155-171, 2011.

[Deletant, 1995] Dennis Deletant - *Ceausescu and the Securitate: Coercion and Dissent in Romania, 1965 - 1989.* M.E. Sharpe, 1995.

[Deletant, 1999] Dennis Deletant - *Communist Terror in Romania: Gheorghiu-Dej and the Police State, 1948 - 1965.* C. Hurst & Co. Publishers, 1999.

[Detemple, 2011] Uwe Detemple - *Die Temeswarer Studentenrevolte von 1956.* Banater Post, 20. Oktober 2011. http://www.banaterra.eu/german/content/die-temeswarer-studentenrevolte-von-1956 (Stand: 16.09.2016)

[Eckert, 2008] Florian Eckert - *Vom Plan zum Markt: Parteipolitik und Privatisierungsprozesse in Osteuropa.* Springer-Verlag, 2008.

[Ernu, 2013] Vasile Ernu - *Sint un om de stanga.* Ed. Cartier, 2013.

[Gotia, 2011] V. C. Ionescu Isac Gotia - *The End of mineriade: Labour Relations and Romania's Transition from Socialism.* MA Thesis, Institute of European, Russian and Eurasian Studies, Carleton University, 2011.

[Gotiu, 2013] Mihai Gotiu - *Afacerea Rosia Montanta.* Editura Tact, Cluj-Napoca, 2013. (Rumänisch)

[Granville, 2008] Johanna Granville - *"If Hope is Sin, Then We Are All Guilty": Romanian Students Reactions to the Hungarian Revolution and Soviet Intervention, 1956 - 1958.* In: The Carl Beck Papers in Russian and East European Studies, No. 1905, 2008.

[Kornai et al., 2003] Janos Kornai, Eric Maskin, Gerard Roland - *Understanding the Soft Budget Constraint.* In Journal of Economic Literature, Vol. 41, issue 4, 1095-1136. 2003.

[Kunze, 2009] Thomas Kunze - *Nicolae Ceausescu: eine Biographie.* Ch. Links Verlag, 2009.

[Manea, 2008] Catalina-Oana Manea - *Eine Makro-, Meso- und Mikroebenenanalyse des rumänischen Transformationsprozesses unter besonderer Berücksichtigung der Staatsklasse als Entscheidungsakteur.* Dissertation, Wilhelms-Universität: Philosophischen Fakultät. 2008.

[Nan, 2014] Horatiu Nan - *Somnul cel de moarte si visul claselor de mijloc din Romania.* CriticAtac. November 12, 2014. (Rumänisch) http://www.criticatac.ro/26709/somnul-cel-de-moarte-visul-claselor-de-mijloc-din-romania/ (Stand: 16.09.2016)

[Nanu, 2014] Ilie Dan Nanu - *The Romanian political system consequence of the evolution of the party system.* In Alma Mater University journal, vol. 7, issue 1, pages 31-39, 2014.

[Neef, 2006] Rainer Neef - *Haushalte und Schattenwirtschaft in Rumänien:Entwicklungen 1990 - 2000.* In: Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede:Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2. Frankfurt am Main : Campus Verl., 2006.

[Oancea, 2005] Georgeta Daniela Oancea - *Mythen und Vergangenheit - Rumänien nach der Wende.* Dissertation, LMU München: Faculty of History and the Arts. 2005.

[Poenaru, 2015a] Florin Poenaru - *Nature, Nationalism and Anti-Capitalism in Romania.* Research Paper Series of Rosa Luxemburg Stiftung Southeast Europe, No. 1, März 2015. http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/southeast-europe/Florin_Poenaru_RPS1.pdf (Stand: 14.09.2016)

[Poenaru, 2015b] Florin Poenaru - *Old wounds revealed as Romanian court re-opens miners case.* LeftEast, April 6, 2015. http://www.criticatac.ro/lefteast/old-wounds-are-revealed-as-romanian-court-re-opens-miners-case/ (Stand: 14.09.2016)

[Rogozanu, 2014] Costi Rogozanu - *Anti-corruption, another name for economic abuse.* LeftEast. July 11, 2014. http://www.criticatac.ro/lefteast/anti-corruption-another-name-for-economic-abuse/ (Stand: 16.09.2016)

[Tichindeleanu, 2015] Ovidiu Tichindeleanu - *NU Tranzitiei 2.0: Recompozitia sociala, decolonizarea si transautonomismul.* Gazeta de arta politica, Nr. 12/2015. (Rumänisch)

[UNDP, 2002] United Nations Development Programme - *A Decade Later: Understanding the Transition Process in Romania.* National Human Development Report Romania 2001 - 2002.

[Verdery, 1996] Katherine Verdery - *What Was Socialism and What comes next?.* Princeton University Press, 1996

[Verseck, 2007] Keno Verseck - *Rumänien.* Volume 868 of Beck Reihe, C.H.Beck, 2007.

[Wallerstein, 1974] Immanuel Wallerstein - *The Rise and Future Demise of the of the World-Capitalist System: Concepts for Comparative Analysis.* Comparative Studies in Society and History 16: 387-415, 1974.

[Wheatley, 2003] Steven Wheatley - *Deliberative Democracy and Minorities.* Eur J Int Law 14 (3): 507-527, 2003.